

Korpskommandant Roger Mabillard sorgte 1985 mit markigen Äusserungen für einen Skandal **SEITE 10**

Eine definitive Lösung für den Lötschberg-Tunnel lässt auf sich warten, auch wegen der Corona-Pandemie **SEITE 11**

Harsche Kritik an Deza-Projekt in Burma

Millionenprojekt der Entwicklungshilfe droht zu misslingen – Kontrolleure stellen gravierende Mängel fest

TOBIAS GAFAFER

Die Schweiz gibt für die Entwicklungshilfe beträchtliche Summen aus. Umso wichtiger ist es, dass der Bund mit dem Steuergeld zielführende Projekte unterstützt. Ein vertraulicher Bericht des Aussendepartements (EDA) wirft nun jedoch ein schlechtes Licht auf das Engagement in Burma. Er schlägt bei einem Hilfsprojekt einen Abbruch vor – und kritisiert grundsätzlich, die Programme würden zu wenig straff geführt.

Den Rapport hat die interne Revision des EDA 2019 erstellt. Sie untersuchte die Botschaft in Rangun und das Länderprogramm der Auslandhilfe für Burma – ein Schwerpunktland der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), für das ein Jahresbudget von rund 35 Millionen Franken vorgesehen ist. Die NZZ hat gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) Einsicht in den Bericht erhalten.

Scharfe Kritik üben die Revisoren namentlich an einem Vorhaben, das auf dem Papier wie ein Vorzeigeprojekt aussieht. Es sollte in Burmas Südosten die Situation von Kleinbauern verbessern, die Gummi von geringer Qualität produzieren. Dazu sollte ein Marktsystem geschaffen werden, das wettbewerbsfähig, umweltverträglicher und «inklusiv» ist. Im Vergleich zu Indonesien und Malaysia gilt Burma als ein kleiner Lieferant von Kautschuk. Ein Vorteil des Landes ist die Nähe zu China. Eine Nähe, die für das Hilfsprojekt aber offenkundig ein grosses Risiko darstellt. «Es macht den Anschein, dass in Burmas Südosten vorwiegend chinesische Firmen die Gummiproduktion aufkaufen», konstatieren die Kontrolleure. Das Projekt könne die Lebensbedingungen der Gummischneiderinnen deshalb kaum verbessern. Die Marktdominanz der Firmen aus China sei zu stark und deren Interesse an einer qualitativ hochstehenden Produktion zu gering.

Zudem kritisieren die Revisoren grundsätzlich die mangelhafte Analyse der Anspruchsgruppen. Mit den Gummischneiderinnen sei ein weiterer zentraler Akteur nur am Rande erwähnt worden. Dabei würden Aussagen von Produzenten auf Probleme hindeuten. Potenzielle



Mit einem Hilfsprojekt wollte die Schweiz die Situation von Gummischneiderinnen in Burma verbessern.

JENNY MATTHEWS / PANOS

Arbeitskräfte im Zielgebiet migrierten ins benachbarte Thailand, wo die Löhne besser seien. Die angesprochenen Bauern kämen grösstenteils aus anderen Regionen. Es sei nicht bekannt, ob die Kursteilnehmer zurückkehrten.

Reputationsschaden befürchtet

Damit lassen es die Kontrolleure des EDA nicht bewenden. Sie stellen auch das Vertrauensverhältnis zur NGO infrage, die das Projekt ausführt. Die Deza hat es ohne Offerte an die internationale Hilfsorganisation Care vergeben. Die Verwaltungskosten seien höher als üblich, konstatiert der Bericht. Trotz Verzögerungen habe der Länderchef der NGO 2018 eine projektbezogene Entlohnung enthalten, die über dem budgetierten Honorar gelegen habe. Es sei zu bezweifeln, dass die

Hilfsorganisation in der Lage sei, die aufgedeckten Risiken zu kontrollieren und die Verspätung aufzuholen.

Das mit 16,5 Millionen Franken dotierte Hilfsprojekt hat eine Laufzeit von mehreren Jahren. Vom Gesamtkredit hat die Deza bis anhin rund 6 Millionen ausgegeben. Im ersten Schritt erhielten gegen 9000 Kleinfarmer Schulungen in Genderfragen, der Kautschukproduktion und der Verarbeitung. In der laufenden Phase soll eine diversifizierte Produktion gefördert werden.

Die Revisoren stellen jedoch die Zukunft des Projekts infrage. Die Botschaft in Rangun solle die Chancen, dass die Ziele noch erreicht werden könnten, gemeinsam mit der Berner Zentrale diskutieren. Um Reputationsschäden zu vermeiden, müsse auch ein Abbruch in Betracht gezogen werden.

Die Kontrolleure kritisieren das Länderprogramm zudem grundsätzlich. Sie konstatieren eine thematische Überdehnung. «Mit den vorhandenen personellen Ressourcen besteht das Risiko, dass kritische Projekte und Programme nicht die notwendige Aufmerksamkeit erhalten.» So verfügten gewisse Bereiche über beträchtliche Mittel, aber nur über wenig Mitarbeiter, die ihr Portfolio kaum angemessen steuern könnten.

Der Schweizer Botschaft in Burma war bewusst, dass das Projekt problembehaftet sein könnte. Sie unterstützte dessen Prüfung – und räumt auf Anfrage der NZZ zwiespältige Resultate ein. Trotzdem stellen sich die Verantwortlichen der Deza gegen einen Abbruch. Dies würde in Burma schlecht ankommen und die Armen bestrafen. Sie würden mit der Corona-Pandemie noch stärker unter

Druck geraten. Die Deza hat nach der Überprüfung jedoch Korrekturen eingeleitet und das Projekt stärker auf die Gummizapfer ausgerichtet. Zudem verweist sie auf Erfolge: So hätten Tausende von Kleinbauern bei der Festlegung der Exportstandards für Kautschuk an Einfluss gewonnen. Auch die Kritik an der mangelnden Steuerung der Projekte weist die Deza zurück. Die Risikokontrolle erfolge nach strengen Regeln. Dies gelte besonders für Länder wie Burma, in denen die Risiken höher seien.

Diplomatie und Entwicklung

Tatsächlich arbeitet die erst 2012 eröffnete Schweizer Botschaft in Burma in einem schwierigen Umfeld. Es handelt sich um eine der grössten integrierten Vertretungen, die sich auch um die Entwicklungszusammenarbeit kümmern. So hat die Schweiz in Burma auch vermittelt und ist mit der humanitären Hilfe aktiv. Nach der Öffnung des Landes buhlten viele Geber um Engagements.

In den letzten Jahren verschlechterte sich die Lage wieder, nachdem der Konflikt mit der Rohingya-Minderheit eskaliert war. Hinzu kamen personelle Turbulenzen: Paul Seger, der damalige Missionschef, wechselte 2018 als Botschafter nach Berlin, bevor seine Amtszeit abgelaufen war. Die Leiterin der Auslandhilfe verliess ihren Posten ebenfalls vorzeitig. Der Bericht spricht von einem engagierten, aber auch stark belasteten Team.

Trotzdem kommt die Kritik am Länderprogramm für die Deza zu einem delikaten Zeitpunkt. Im Februar hat der Bundesrat die Botschaft für die nächste Vierjahresperiode der Auslandhilfe ans Parlament verabschiedet. Er sieht von 2021 bis 2024 insgesamt 11,25 Milliarden vor, zum grössten Teil für die Entwicklungszusammenarbeit – das sind rund 140 Millionen mehr als in der laufenden Periode.

Die Situation in Burma ist exemplarisch für die vielkritisierete Verzettelung der Schweizer Entwicklungshilfe. Der EDA-Vorsteher Ignazio Cassis hat das Problem schon länger erkannt und strebt eine stärkere thematische und geografische Fokussierung an. Namentlich Burma ist eines der Länder, auf die sich die Deza konzentrieren will.

Das digitalisierte Parlament lässt noch auf sich warten

Politiker preisen gerne die heutigen virtuellen Möglichkeiten – für das eigene Haus könnte sie die Corona-Krise zum Umdenken zwingen

CHRISTOF FORSTER, BERN

Mitte März hat das Parlament die Frühlingsession abgebrochen. Es gab seitdem keine Kommissionssitzungen mehr, geschweige denn Tagungen von National- oder Ständerat. Dabei gäbe es für die Politiker viel zu tun. Sie müssen das Nothilfepaket des Bundesrats für die ausserordentliche Session Anfang Mai in den Kommissionen vorberaten. Zudem stapeln sich Geschäfte, die nichts mit der Corona-Krise zu tun haben. Die Kommissionen müssen die Vorlagen für die Juni-Session vorbereiten.

Während der Bundesrat der Wirtschaft Heimarbeit empfiehlt, sind die Parlamentskommissionen derzeit nicht in der Lage, virtuell zu tagen. FDP-Ständerat Andrea Caroni spricht von einem Riesensäumnis. «Wir haben die Infrastruktur für Videokonferenzen nicht, und wir sind nicht geübt.» SVP-Nationalrat Franz Grüter sagt: «Wir befinden uns diesbezüglich in der Steinzeit.» Dabei preisen Politiker in ihren Reden gerne die Segnungen der Digitalisierung für die Schweizer Wirtschaft. Erst noch in

der Märzsession hat FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die rasche Beseitigung der Hindernisse für die Digitalisierung fordert. Gemeint ist die Wirtschaft.

Einwände sind schnell parat

Einwände gegen einen digitalisiertes Parlament sind schnell parat. Es sei nicht möglich, über eine Videoschaltung in der Kommission gemeinsam an Vorstössen zu feilen, sagt SVP-Ständerat Alex Kuprecht. Oder die Sicherheit sei nicht gewährleistet. Die Anhänger eines E-Parlaments widersprechen. Grüter sagt, man könne in Videokonferenzen problemlos Dokumente einblenden und an diesen auch arbeiten.

FDP-Fraktionspräsident Beat Walti warnt allerdings vom simplen Gleichsetzen von Geschäftswelt und Politik. Ein geschäftliches Gremium sei überhaupt nicht vergleichbar mit einer Kommission. Da träfen Leute mit völlig unterschiedlichen Weltanschauungen aufeinander und debattierten manchmal über so komplizierte Themen wie das öffent-

liche Beschaffungswesen: «Wer sich effizientes Arbeiten im Geschäftsleben gewohnt ist, für den sind Kommissionssitzungen fast eine Art Höchststrafe.»

Gegen virtuelle Kommissionssitzungen wird auch mit der Sicherheit argumentiert. Wie kann man garantieren, dass die Stimmgabe nicht manipuliert ist? Sind Videokonferenzen abhörsicher? Wie stellt man sicher, dass bei den Kommissionsmitgliedern nicht das halbe Sekretariat eines politisch nahestehenden Verbands verdeckt mithört? Auch heute seien Kommissionssitzungen nicht absolut dicht, sagt Caroni und meint damit menschliche Lecks. Selbst Skeptiker sagen, dass sich die Sicherheitsfrage lösen liesse.

Den Bremsern geht es aber noch um etwas anderes. Wenn die technische Lösung für das Parlament einmal da sei, dann wolle man sie auch nutzen, sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. Es sei viel bequemer, wenn man für eine Kommissionssitzung von ein oder zwei Tagen nicht nach Bern reisen müsse. Der Druck werde steigen.

Tatsächlich möchte SVP-Nationalrat Grüter Videokonferenzen nicht nur für

den Krisenfall. Dies solle künftig im Ermessen des Kommissionspräsidenten liegen. Wenn zum Beispiel Entscheide schnell gefällt werden müssten. Grüter würde die Neuerung mit einem Vetorecht ergänzen: Die Hälfte der Kommission könnte eine physische Sitzung einfordern.

Veränderte Lage

Es ist noch ein weiter Weg bis zur Einführung von Videokonferenzen als gleichberechtigte Alternative zu physischen Treffen. Pfister fordert vor einem solchen Schritt eine breite Diskussion. Politik lebe von der physischen Präsenz.

Einig ist man sich, dass Kommissionen zumindest in Notlagen wie jetzt per Videokonferenz tagen und Entscheide treffen sollen. Damit die höchste politische Instanz im Land nicht einfach verstummt. Eine ausserordentliche Situation erfordere spezielle Formate, sagt Walti. Da sei er bereit, gewisse Abstriche zu machen. Für solche Notlagen solle man auch prüfen, ob sogar National- und Ständerat virtuell tagen könnten, sagen die befragten Politiker.

In der Aufbereitung der UBS-Rettung von 2008 war man sich einig, dass sich die Parlamentarier für schnelle Entscheide innert 48 Stunden in Bern versammeln können. Aber an eine Situation wie heute, in der das Parlamentsgebäude nicht der richtige Tagungsort sei, habe man nicht gedacht, sagt Pfister. Um Sitzungen von National- und Ständerat virtuell durchführen zu können, müsste allerdings zuerst die Verfassung geändert werden. Denn diese schreibt vor, dass sich die beiden Kammern vor Ort treffen müssen.

Immerhin einen kleinen Schritt hat das Parlament gemacht. Alle Kommissionen können Sitzungen zum informellen Austausch per Videokonferenz abhalten. Am Montag wird das Ratsbüro über einen grösseren Schritt entscheiden: Sollen auch Kommissionssitzungen mit vertraulicher Beratung und rechtlich abgesicherten Beschlüssen stattfinden, und falls ja, unter welchen Bedingungen? Die Corona-Krise bringt auch beim Parlament Prozesse in Gang, die vor einigen Monaten noch fern der Realität schienen.